

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

69. Sitzung

27. April 2026

Beginn: 09.36 Uhr
Schluss: 12.14 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton). Den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern ist die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung vom 14. April 2026 vor.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden drei Fragen schriftlich eingereicht:

- „Mit welchen Auswirkungen rechnet der Senat auf die finanzielle Situation der Berliner Krankenhäuser und damit verbunden auf die Sicherstellung der stationären Versorgung in Berlin, sollten die von der Bundesgesundheitsministerin vorgestellten Vorschläge zur

Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung in der derzeit diskutierten Form umgesetzt werden?“

(Fraktion Die Linke)

- „Welche Konsequenzen zieht der Senat aus der Einschätzung der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin vom April 2026, wonach das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (Referentenentwurf des BMG vom 16.04.2026) einen „Frontalangriff auf die ambulante Versorgung“ darstelle und insbesondere die hausärztliche, fachärztliche und psychotherapeutische Versorgung in den strukturschwachen Gebieten des Berliner Ostens akut gefährde – und welche Position wird der Senat hierzu im Bundesrat einnehmen?“

(AfD-Fraktion)

- „Welche konkreten Auswirkungen erwartet der Senat durch die von Gesundheitsministerin Nina Warken geplanten Änderungen bei Eigenanteilen und Pflegegradeinstufung auf die Armutsgefährdung pflegebedürftiger Menschen in Berlin und wie wird sich das voraussichtlich auf die Ausgaben der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII auswirken?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) beantwortet die Fragen sowie Nachfragen der Abgeordneten. Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) berichtet (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0381](#)
GesPflieg
Wohnteilhabegesetz (WTG): Weiterentwicklung zu einem stärkeren Instrument für Gesundheits- und Pflegequalität
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0369](#)
GesPflieg
Drucksache 19/2867
Mitbestimmung von Menschen in besonderen Wohnformen, in betreuten Wohngemeinschaften der Eingliederungshilfe sowie im betreuten Einzelwohnen ausbauen und rechtlich stärken
- c) Antrag der Fraktion Die Linke [0342](#)
GesPflieg(f)
IntGleich*
Drucksache 19/2512
Konsequenter Gewaltschutz gegenüber Menschen mit Behinderung sowie Frauenbeauftragte in gemeinschaftlichen Wohnformen in Berlin verankern
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0247](#)
GesPflieg
Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen in Wohneinrichtungen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt der Tagesordnung sind die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Frau Braunert-Rümenapf, und die Pflegebeauftragte des Landes Berlin, Frau Prof. Dr. Meyer-Rötz anwesend.

Zu dem Antrag der Fraktion Die Linke unter c) liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung vom 11. Dezember 2026 vor. Dieser empfiehlt mehrheitlich (mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE) die Ablehnung auch mit geändertem Berichtsdatum.

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Frau Abg. Wahlen (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) und d) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Abg. Breitenbach (LINKE) begründet die Anträge zu Punkten 3 b) und c) der Tagesordnung für die Fraktion Die Linke und beantragt, das Berichtsdatum beider Anträge jeweils auf „31. August 2026“ zu ändern. Den Änderungen stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Dr. Gisela Grunwald, Landesseniorenbeirat Berlin
- Frau Marlene Köster, LIGA Berlin, Fachausschuss Ambulante Pflege
- Frau Suheela Meier, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Landesgruppe Berlin
- Wencke Pohle, Lebenshilfe Berlin e.V.

Im Rahmen der Aussprache nehmen Frau Braunert-Rümenapf und Frau Prof. Dr. Meyer-Rötz ebenso wie Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Die Besprechungen zu Punkt 3 a) und d) der Tagesordnung werden vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.
- Der Antrag – Drs. 19/2867 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „31. August 2026“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

- Der Antrag – Drs. 19/2512 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „31. August 2026“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3104
**Fünftes Gesetz zur Änderung des
Landeskrankenhausgesetzes**

[0380](#)
GesPflieg

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) begründet die Gesetzesvorlage.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 19/3104 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|-----------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Einführung eines Pflegenotfalltelefons
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0364
GesPflieg |
| b) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3008
Einführung eines Pflegenotfall-Telefons für Berlin –
Entlastung für pflegende An- und Zugehörige | 0375
GesPflieg |
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3027
Rund um die Uhr erreichbar: Ein Pflegenottelefon für
akute Pflegekrisen in Berlin | 0376
GesPflieg |

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 5 a) wurde bereits in der 64. Sitzung am 19. Januar 2026 begründet.

Zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen unter b) liegt ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion als Tischvorlage vor.

Herr Abg. Zander (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 5 b) der Tagesordnung für die antragsstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Ubbelohde (AfD) begründet den Änderungsantrag.

Frau Abg. Gebel (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 5 c) der Tagesordnung für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Die Besprechung zu Punkt 5 a) der Tagesordnung wird abgeschlossen.
- Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen – Drs. 19/3008 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Sodann wird der Antrag – Drs. 19/3008 – angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

- Der Antrag – Drs. 19/3027 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (70.) Sitzung findet am Montag, dem 11. Mai 2026, 9.30 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Silke Gebel

Dr. Klaus Lederer